Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2232**

15. Wahlperiode 12. 12. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Gudrun Kopp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1004 –

Impfen statt Töten – Grundlage für den Einsatz von Markerimpfstoffen schaffen

A. Problem

Um das massenhafte Verenden und Töten von Tieren im Zuge des Ausbruchs von Tierseuchen und ihrer Bekämpfung zu verhindern, halten die Antragsteller eine Umkehr von der bisherigen „Nichtimpfungspolitik“ in Europa zum Grundsatz „Impfen statt Töten“ für unerlässlich.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1004.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/1004 – abzulehnen.

Berlin, den 5. November 2003

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Gitta Connemann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Gitta Connemann, Ulrike Höfken und Hans-Michael Goldmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 56. Sitzung am 3. Juli 2003 den Antrag auf Drucksache 15/1004 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller bemängeln, dass aufgrund der heutigen „Nichtimpfungspolitik“ im Falle des Ausbruchs von Tierseuchen massenweise Tiere getötet werden. An die Stelle der heutigen „Nichtimpfungspolitik“ müsse daher der Grundsatz treten: Impfen statt Töten.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert,

– sich entschieden für eine Änderung der „Nichtimpfungspolitik“ in Europa einzusetzen, um eine Ausbreitung von Seuchen, wie z. B. die Geflügelpest, zu verhindern und großen Schaden von der Land- und Ernährungswirtschaft abzuwenden;

– Forschung und Entwicklung von so genannten Markerimpfstoffen voranzutreiben und

– auf EU- und internationaler Ebene darauf hinzuwirken, dass mit dem Einsatz von „Markerimpfstoffen“ die bisherigen Handelsbeschränkungen für Exporte durch das internationale Tierseuchenamt in Paris entfallen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat in seiner 44. Sitzung am 5. November 2003 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 32. Sitzung den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 30. Sitzung am 22. Oktober die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 15/1004 in seiner 23. Sitzung am 5. November 2003 abschließend behandelt und die Vorlage mit Verweis auf die Debatte im Plenum anlässlich der Überweisung ohne Aussprache mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Berlin, den 5. November 2003

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Gitta Connemann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333